



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 18.11.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Mobilitätskonzept Hochschulcampus**

**Vorl.Nr. 310/21**

---

### Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg verfolgt gemeinsam mit den Hochschulen und „Vermögen und Bau“ (VBA) als Bauherr für das Land Baden-Württemberg das Ziel, durch die dringend erforderlichen Neubauten keinen zusätzlichen PKW-Verkehr nach Eglosheim auszulösen. Das gemeinsame Ziel ist vielmehr den heutigen PKW-Verkehr sukzessive zu reduzieren.
2. Die Ausschüsse für Mobilität, Technik und Umwelt und für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften stimmen dem in der Sachdarstellung erläuterten Vorgehen zur **Ermittlung**, Herstellung und Kontrolle der notwendigen PKW-Stellplätze auf dem Hochschulcampus zu und beauftragen die Verwaltung den Bebauungsplan samt städtebaulichem Vertrag entsprechend vorzubereiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung des Stadtteilausschusses Eglosheim die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die öffentlichen Stellplätze bis 2023 vorzubereiten.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann

### Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften in Vertretung von BMin **Schwarz**, die online zugeschaltet ist.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung berichtet zum Thema.

Der **Rektor** der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg (PH) spricht stellvertretend für die beiden Hochschulen in der Reuteallee.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** äußert sich positiv. Sie befürworte das Mobilitätskonzept. Die Parkraumbewirtschaftung einzuführen sei ein wichtiger Schritt. Das Internet vereinfache es außerdem, Fahrgemeinschaften zu bilden, z.B. über Apps. Pedelecs seien eine gute Lösung für die Studierende, um vom neuen Wohnheim zur Hochschule zu gelangen. Bei Bedarf könnten später noch zusätzliche Parkplätze hergestellt werden. Sie appelliert an alle Beteiligten, sich darum zu bemühen, dass dies nicht passieren muss. Im Sinne der Grünen-Fraktion wird sie zustimmen.

Stadtrat **Klotz** von der CDU-Fraktion freut sich darüber, dass der Hochschulstandort wächst. Den Parkplatz am Favoritepark würden neben Hochschulbesuchern viele Pendler nutzen. Daraus schlussfolgert er, dass „Park and Ride“-Parkplätze fehlen. Nachfolgend geht er kritisch auf die Berechnung der Stellplätze ein. In der Vorlage stehe, dass die Stellplatzverordnung nur grobe Richtwerte abbilden würde. Von anderen Bauvorhaben kenne er es so, dass die Richtzahlen verbindlich seien. Des Weiteren gilt es Verwaltungsmitarbeitende der Hochschulen mitzuberücksichtigen und nicht nur die Studierenden. Im Bebauungsplan halte er es für richtig, einen Mittelwert anzusetzen. Nur mit zwei Drittel der Studierenden zu kalkulieren, sei allerdings ein nicht nachvollziehbarer Ansatz für ihn. Laut Erhebung des Stellplatzbedarfs von 2014 gebe es ein Defizit von 256 Stellplätzen. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass das Defizit deutlich höher sei. Sie befürchten, es könne zu Chaos kommen, wenn später ein höherer Stellplatzbedarf festgestellt werden sollte. Auch wenn in der Vorlage stehe, dass Stellplätze in diesem Falle unverzüglich hergestellt werden müssen, so könne es zwei bis fünf Jahre dauern, bis dies erfolgt sei. Diese alleinige Festschreibung der Sicherung des Nachbaus von Stellplätzen im städtebaulichen Vertrag halten die CDU-Mitglieder für nicht ausreichend. Eine rechtssichere Beurteilung des gegebenen Bedarfs zu bekommen, sei sehr schwierig und zeitaufwändig. Das Bewohnerparken soll in Eglosheim 2023 eingeführt werden. Die geplante Parkraumbewirtschaftung vom Land auf den Hochschulparkplätzen soll aber erst 2024 eingeführt werden. Diese Zeitverzögerung könnte dazu führen, dass die Eglosheimer in dem Jahr vermehrt auf die Hochschulparkplätze ausweichen. Ihm sei wichtig, dass genügend „Park and Ride“-Parkplätze im Umfeld des S-Bahnhofs vorhanden seien. Sie sollen nicht ersatzlos wegfallen. Zuletzt macht er den Vorschlag, dass das Land die Stellplätze an die Stadt ablösen könnte. Von der Ablössungssumme könnte die Stadt ein Parkierungsbauwerk bauen.

Stadtrat **Juranek** lobt das Konzept, das auf der Basis von Erfahrungswerten durch Umfragen, Angaben und Aussagen von Nutzern erstellt wurde. Er kritisiert, dass neuste Entwicklungen durch die Coronapandemie und die Digitalisierung noch nicht mitbetrachtet wurden. Durch vermehrtes Einsetzen von Onlinelehre in der Zukunft könnten sich die Präsenzzeiten der Studierenden vermindern. Er spricht sich für die Parkraumbewirtschaftung in Eglosheim aus. Ob das Ziel des Mobilitätskonzepts erreicht werden könne, sei fraglich, er zeigt sich jedoch optimistisch. Evaluationen werden zeigen, ob es erfolgreich war.

Stadtrat **Rothacker** bittet um eine vollständige Darstellung aller vorhandenen Parkplätze. Erst nach einem Jahr, wenn festgestellt wird, dass sie nicht benötigt werden, könnten man sie wieder freigeben, so sein Vorschlag. Das Argument seines Vorredners zur Digitalisierung lasse er nicht gelten, denn ginge es danach, so müsste kein weiteres Gebäude gebaut werden.

---

Stadträtin **Knecht** begrüßt das Konzept, es sei für die Studierenden der Hochschulen und der Eglosheimer Bürgerschaft dringend notwendig. Sie fragt nach, ob die Parkplätze im Bereich P1 künftig aufgrund der Baumaßnahmen wegfallen werden. Außerdem erkundigt sie sich bei dem Rektor der PH nach der Beteiligung von Studierenden der Hochschulen. Sie beschwert sich, dass die Studierenden ihrer Kenntnis nach nicht richtig in den Prozess eingebunden wurden, so waren sie bspw. zu Stadtteilspaziergängen nicht eingeladen.

Es seien nur weniger Stellplätze nötig, wenn Präsenz- mit Digitalunterricht kombiniert werde, betont sie. Allerdings geht sie davon aus, dass in Zukunft eher mehr als weniger Stellplätze benötigt werden. Das läge neben neuen Studiengängen auch daran, dass von der Hochschule für Verwaltung und Finanzen (HVF) die Studierenden bekanntlich aus dem ganzen Land herpendeln würden.

Gerade in den Prüfungs- und Bewerbungsphasen kam es zu massivem Parkplatzmangel.

Oftmals mangle es an guten Angeboten für den öffentlichen Nahverkehr. Das 365€-Ticket sei zwar im Haushaltsplan vorgesehen, dieser sei aber noch nicht verabschiedet.

Das Semesterticket sei nur im VVS-Netz gültig. Deshalb müssen Betroffene oft noch zusätzlich ein Ticket bei einem zweiten Verkehrsverband kaufen, was das Ticket insgesamt teuer mache.

Im Jahr 2025 mit dem Bau weiterer Stellplätze zu beginnen, sei ihrer Meinung nach zu spät. Die FDP-Fraktion plädiert dafür, Wohnraum zu schaffen, damit die Studierenden direkt auf dem Campus wohnen können. Dieser könne über einem Parkhaus oder der neugebauten Sporthalle entstehen.

Stadtrat **Müller** befürwortet das Mobilitätskonzept. Er merkt an, dass der Parkplatz an der S-Bahnhaltestelle nicht mehr als „Park and Ride“-Parkplatz von der Region Stuttgart ausgewiesen sei, da die Zufahrt ungünstig sei. Er signalisiert Zustimmung zu den Vorschlägen.

BMin **Schwarz** erklärt, es gebe in etwa einen Bedarf an 1.200 Parkplätzen insgesamt. Sie weist darauf hin, dass zusätzliche Stellplätze z.B. durch den Bau eines Parkplatzes, die Autofahrer anziehen würde. Hier wolle sie gegenwirken. Zunächst sei die Parkraumbewirtschaftung ein sinnvolles Mittel. Ihrer Auffassung nach, sei es wichtig, zunächst abzuwarten, bis das Land in diese einsteige. Gebe es dann immer noch einen Parkplatzbedarf, so könne die Stadt nachrüsten. Einen Schritt in die richtige Richtung habe man bereits mit der verdichteten S-Bahntaktung getan. Die S-Bahn fahre jetzt jede Viertelstunde.

Einen „Park and Ride“-Parkplatz halte sie an dieser Stelle für sehr ungeeignet, da der gesamte Verkehr erst einmal durch Eglosheim fließen würde. Was „Park and Ride“-Parkplätze angehe, müssen im Kreis Ludwigsburg andere Lösungen gefunden werden.

Sie versichert, dass die Verwaltungsmitarbeiter der Hochschulen bei den Stellplatzberechnungen mitberücksichtigt wurden.

Auf Stadträtin Knechts Frage zwecks Parkplatzwegfall von P1, erwidert sie, auf dem jetzigen P1 sei ein Baufenster im Bebauungsplan vorgesehen. Wenn dort tatsächlich gebaut werden sollte, dann sei ein entsprechender Stellplatznachweis notwendig.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** Bürgerbüro Bauen meint, es gebe mehrere Berechnungsansätze. Die CDU-Fraktion hätte den „Worst case“-Fall nach Landesbauordnung (LBO) berechnet, wenn alle Studierenden anwesend wären.

Der von „Vermögen und Bau Baden-Württemberg“ (VBA) erörterte Bedarf könne so im Bebauungsplan festgeschrieben werden. Unter den 815 Parkplätzen, wie in der Vorlage beschrieben seien keine öffentlichen. Es sind die Parkplätze P1, P2, P3. Der große Parkplatz an der Eduard-Spranger-Straße sei schon immer als Erweiterungsfläche für die Hochschulen vorgesehen. Dieser Parkplatz werde nicht nur von den Hochschulen genutzt. Deshalb sei es schwierig, den konkreten Bedarf zu ermitteln. Das könne nach der Parkraumbewirtschaftung erfolgen.

---

Spätestens 2025 nach Bau des Verfügungsgebäudes könne der konkrete Bedarf dann auch für die Zukunft festgeschrieben werden.

Die Verwaltungsvorschrift für Stellplätze berücksichtige auch das Verwaltungspersonal der Hochschule, ergänzt er BMin Schwarz' Ausführungen dazu.

BM **Manni** fragt nach, wie gegebenenfalls die fehlenden Stellplätze unverzüglich umgesetzt werden müssen.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** Bürgerbüro Bauen antwortet, dass die Stadt mit VBA als Bauherr vereinbaren würde, dass die Stellplätze nachgewiesen werden, in den Planunterlagen, die eingereicht werden. Die Stellplätze sollen so konkret wie möglich räumlich angegeben werden. Damit können die Stellplätze dann in der Baugenehmigung gefordert werden. Ein Baugesuch sei noch nicht eingereicht worden. Vorher werden man über diese Vereinbarung besprechen.

Der **Rektor** der PH nimmt Stellung. Er erklärt, dass die Hochschule nur Nutzer, aber nicht Bauherr sei. Diese Aufgabe übernehme VBA.

In Bezug auf die Anzahl der Studierenden führt er aus, dass sich an der HVF immer viele Studierenden in der Praxisphase befinden. Auch an der PH gebe es Praxissemester. Deshalb werde nur mit zwei Drittel der Studierenden gerechnet, die tatsächlich anwesend sind. Auch wenn sich durch die digitale Lehre Veränderungen ergeben werden, so haben die Hochschulen weiterhin einen Platzbedarf: Es werden bspw. kleine Lernräume und Medienräume benötigt. Eine Einsparung der Fläche ergibt sich nicht.

Er versichert, dass das Verfügungsgebäude, der erste Bau, auf der grünen Wiese erfolgen werde und somit keine Parkplätze wegnehmen werde.

In Bezug auf die Kritik, dass mit „alten“ Zahlen gerechnet werde, erwidert er, dass nicht damit zu rechnen sei, dass die Zahlen sich schlechter entwickelt hätten, vor allem seit der verbesserten Taktung der S-Bahn.

Die Kritik der mangelnden Beteiligung von Studierenden könne er nicht nachvollziehen. Der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTa) sei in den Prozess immer eingebunden und informiert worden.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht die Entwicklung der Hochschule positiv. Dennoch möchte er sicherstellen, dass es eine gute Begründung für die Sonderregeln in Bezug auf Parkplätze an den Hochschulen gebe. Die Abschaffung der Pendlerparkplätze sieht er kritisch. Schlussendlich bedeute das mehr Verkehr auf der B27, wenn die Menschen nicht an der S-Bahn-Station in Eglosheim parken und von dort die Öffentlichen Verkehrsmittel nehmen würden. Er stellt die Frage, wo Pendlerparkplätze alternativ entstehen könnten, wenn sie an der S-Bahn-Station Favoritepark wegfallen werden.

Stadtrat **Eisele** hält das Ziel, mit 800 Stellplätzen für 1100 Studierenden auszukommen, für sehr ambitioniert. P1 werde langfristig wegfallen. Der Rahmenplan ohne den Parkplatz sei bereits beschlossen worden. Warum die beiden Ausschüsse jetzt über das Mobilitätskonzept beschließen, auf dem P1 noch als Parkplatz aufgezeichnet sei, erschließe sich ihm nicht. Er rechnet, dass es dann nur noch 600 Parkplätze geben wird, 2025 aber noch 700 gebraucht werden. Er beantragt, über die Punkte 1, 2 und 3 getrennt abzustimmen. Punkt 2 könne er nicht folgen.

Stadtrat **Link** bekennt, dass er die Hochrechnung von 2014 kritisch sehe. Er fragt nach der aktuellen Anzahl der Studierenden und der Mitarbeitenden der Hochschulen. Wenn tatsächlich so viele Menschen wie geplant mit dem Rad zur Hochschule fahren würden, dann würden die Duschen in der neuen Sporthalle nicht ausreichen, moniert er. Er plädiert dafür, die bisherigen Parkplätze in dieser Form bis 2025 zu erhalten.

BM **Manni** erläutert, wie mit der Stellplatzverordnung in der Mobilitätswende umgegangen werden könne. Es gebe heute kein großes Bauvorhaben mehr ohne ein Mobilitätskonzept, erklärt er. Dieses sei individuell anzupassen. Unternehmen würden sehr viel im Bereich Nachhaltigkeit tun, um diese Wende herbeizuführen, sie haben bspw. ein Betriebliches Mobilitätsmanagement. Das dürfe nicht zu Lasten der Stadt gehen.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung erklärt, dass der Rahmenplan noch nicht beschlossen wurde. Heute werde sich der Gemeinderat für eine Systematik entscheiden. Sobald es eine Bauabsicht auf der Fläche von P1 geben werde, müsse der Stellplatzbedarf fortgeschrieben werden und Stellplätze ausgewiesen werden.

Es gebe eine Vereinbarung mit dem Land, dass es Parkplätze, wenn nötig auch in Form eines Parkhauses, schaffen muss, sollten nach dem Bau neuer Gebäude die aktuellen Parkplätze trotz Mobilitätskonzept nicht ausreichen sollen.

Die Maßnahmen gelten für das Verfügungsgebäude jetzt und auch später für ein neues Gebäude, führt er aus. Es gebe noch keine konkrete Bauabsicht. Der Rahmenplan lege lediglich fest, dass dort in Zukunft eine Bebauung erfolgen könne.

Der Parkplatzschlüssel im Bebauungsplan sei dynamisch. Ggf. müsse das Land nachjustieren. Er versichert, dass bis 2025 keine Stellplätze verloren gehen werden.

Stadtrat **Link** wundert sich, warum die Hochschule laut Vorlage bei weiteren Bauvorhaben keine weiteren Parkplätze ausweisen müsse. Eine Parkraumbewirtschaftung in ganz Eglosheim befürworte er.

BMin **Schwarz** erklärt, dass es sich bei der Anwendung der LBO für den Hochschulcampus um keinen Sonderfall handle. Anhand der LBO lasse sich der Stellplatzbedarf abschätzen. Es gebe Ermessensspielraum, wenn man die ÖPNV-Angebote berücksichtige, etc. Heutzutage gebe es allerdings kaum noch ein größeres Bauprojekt ohne Mobilitätskonzept, wie BM Mannl bereits geschildert habe.

Sie weist darauf hin, dass eine Lösung für „Park and Ride“-Parkplätze nicht alleine die Stadt Ludwigsburg erarbeiten kann, sondern sich der Verband Region Stuttgart diesbezüglich Gedanken machen müsse. Ihrer Meinung nach geschehe dies bereits.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung weist nochmals darauf hin, dass der Rahmenplan beschlossen werde und die Option Parkhäuser zu bauen mit drin sei.

Stadtrat **Klotz** betont, dass alle nur die beste Lösung für die Hochschulen und die Eglosheimer Bewohnerinnen und Bewohner wollten. Er will wissen, wie rechtssicher in einem städtischen Vertrag festgelegt werden können, dass das Land kurzfristig nachbessern müsse, falls sich 2025 herausstelle, dass ein Parkdruck da sei.

BM **Manni** antwortet, dass die Stadt ein Gutachten erstelle. Wenn sich herausstellen sollte, dass der Parkdruck groß sei, dann fordere sie die Stellplätze. Dadurch erstere eine Rechtswirkung aufs Land.

Stadtrat **Eisele** fasst zusammen: Heute werde das Mobilitätskonzept beschlossen, im Februar den Rahmenplan. Aufgrund dieser zwei Beschlüsse werde dann der Bebauungsplan erstellt. Er erkundigt sich, was im Bebauungsplan anstelle von P1 stehen werde.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung erwidert, dass dort ein Baufenster sein werde. In diesem könne P1 weiterhin als Parkplatz beibehalten werden. Es könne ein Gebäude als auch ein Parkhaus gebaut werden. Es gebe den Rahmen für eine Baumöglichkeit, ein Angebot.

Wird das Angebot genutzt und ein Gebäude gebaut, gelte die gleiche Systematik wie für das Verfügungsgebäude: Stellplätze müssen nachgewiesen werden. Damit stehen die finalen Ausdehnungsmöglichkeiten der Hochschule fest.

Stadtrat **Eisele** fragt nach dem Vorgehen, wenn dieses Fenster bebaut werde und 259 Stellplätze wegfallen werden.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung entgegnet, dass nachgewiesen werden müsse, ob es Bedarf an weiteren Stellplätzen gebe. Bei allen Bauvorhaben werde überprüft, ob der Bedarf stimme. Es muss ein unabhängiger Gutachter sein, Erhebungen müssen gemacht werden. Die Stadt achte bei allen Bauvorhaben darauf, dass der korrekte Bedarf nachgewiesen werde.

Der **Fachbereichsleiter** Bürgerbüro Bauen führt aus, dass die Bezugsgröße, die später im Bebauungsplan festgesetzt werde, immer die Gesamtzahl der eingeschriebenen bzw. anwesenden Studierenden auf dem Campus sei. Entsprechend werde der Stellplatzschlüssel auch bei künftigen Bauten im Kontext mit der Baugenehmigung angewandt. Die Stadt kann mit dem konkreten, eingereichten Baugesuch einen Vorschlag vom Land fordern, wie die fehlenden Stellplätze nachgewiesen werden. Details werde die Stadt dann vorstellen, wenn ein Baugesuch eingereicht wird.

Stadtrat **Link** fragt nach, wie oft sich der Bau von weiteren Stellplätzen verschieben lässt, wenn weitere Gebäude gebaut werden.

Der **Fachbereichsleiter** Bürgerbüro Bauen erklärt, dass die Stellplätze zunächst in der Fläche dargestellt werden sollen, später könne auch ein Parkierungsbauwerk erforderlich sein. Einen entsprechenden Vorschlag werde vom Land gefordert.

BM **Manni** meint, man könne nach Einreichung des Baugesuches über die Vorschläge im jeweiligen Falle diskutieren.

Die **Leiterin** des Amtes und Pressereferentin von Vermögen und Bau (VBA) hebt hervor, dass die Studierenden ein Platzdefizit haben, weshalb die Hochschulen erweitern möchten. Sie nehme die Bedenken der Stadträtinnen und Stadträte auf.

In den städtebaulichen Vertrag könne man eine Formulierung mitaufnehmen, die sicherstellt, dass VBA unverzüglich Parkplätze ausweisen muss, sollte der Stellplatzbedarf höher sein als gedacht. Ein Parkhaus könne nicht „unverzüglich“ gebaut werden. Es gebe aber Überlegungen, bestimmte Flächen heranzuziehen, die im Bauantrag aufgezeigt werden als Ersatzflächen. Sie bittet darum, den Studien ihres Kollegen Vertrauen zu schenken.

Die Parkraumbewirtschaftung könne evtl. früher eingeführt werden. Momentan sei die Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft, ein Unternehmen, das für die Umsetzung zuständig ist, aufgrund anderer vorrangiger Projekte gebunden. Möchte der Gemeinderat, dass früher mit der Parkraumbewirtschaftung gestartet wird, würde man dies evtl. mit einer internen Lösung über die Hochschule und nicht mit dem oben genannten Unternehmen machen.

Im ersten Schritt könne es hilfreich bzw. abschreckend sein, Schilder aufzustellen. Das habe in Hohenheim gut funktioniert.

Stadtrat **Bauer** spricht sich dafür aus, die Parkraumbewirtschaftung des Landes parallel zum Bewohnerparken und dem Bau des Hochschulgebäudes einzuführen.

Stadträtin **Dr. Knoß** äußert, dass sich aufgrund der Klimaerwärmung viel bewegen werde. Wenn sich bspw. die Benzinpreise erhöhen werden, so werde sich das Mobilitätsverhalten der Menschen automatisch verändern, prognostiziert sie.

Stadtrat **Juraneck** betont, das gemeinsame Ziel sei, den Verkehr zu reduzieren. Die Stadt müsse die Rahmenbedingungen dafür bieten. Der ÖPNV sei bereits gut, bei Rad- und Fußanbindungen müsse noch nachgebessert werden. Die Stadt müsse mitwirken, damit dieses Konzept umgesetzt werden und funktionieren könne.

Stadtrat Müller meint, seinem Verständnis nach gebe es bei der Parkraumbewirtschaftung vom Land andere Gebührensätze als bei der von der Stadt. Er weist darauf hin, dass darauf geachtet werden müssen, dass der Parkdruck sich nicht auf Eglosheim ausweite, weil nicht mehr an den Hochschulen, sondern im nahen Umfeld geparkt werde.

BM **Manni** fasst zusammen, der befürchtete Parkdruck entstehe dadurch, dass die Parkraumbewirtschaftung erst später eingeführt werden soll. Die Leiterin des Amtes und Pressereferentin von VBA habe aber erklärt, dass diese evtl. früher eingeführt werden könne. Die städtebaulichen Verträge und weitere Details werden den Gemeinderäten nochmals vorgelegt. D.h. sie wissen, welche Voraussetzungen die Stadt vom Land fordere, z.B. eine Fläche auf der auch kurzfristig zusätzliche Stellplätze im Falle eines Mehrbedarfs dargestellt werden können.

Stadtrat **Klotz** beantragt, das Wort „Ermittlung“ aus der Ziffer 2 des Beschlussvorschlags zu streichen. Dann könne die CDU-Fraktion dem Beschluss zustimmen. Der Stellplatzschlüssel werde im Bebauungsplan ohnehin nochmals vorgeschlagen.

BMin **Schwarz** antwortet, das sei für sie in Ordnung. Es gehe darum, dass das Mobilitätskonzept heute beschlossen werden könne. Die Verwaltung werde mit dem Rahmenplan nochmals ins Gremium kommen. Auch mit dem Entwurfsbeschluss werde sie ins Gremium kommen, wo der städtebauliche Vertrag, die in ihm enthaltenen maßgeblichen Passagen dargestellt werden. Die Verwaltung werde sicher das Bauvorhaben der Hochschule nochmals vorstellen. Vor allem, wo diese zusätzlichen Stellplätze für das Verfügungsgebäude untergebracht werden, werde dargelegt, damit der Gemeinderat sehen könne, wo die Hochschule die Stellplätze bauen würde. Die „Lücke“ gebe es nur deswegen, weil es in Eglosheim noch kein Bewohnerparken gebe und keine Bewirtschaftung der Stellplätze der Hochschulen. Bei allen weiteren Bauvorhaben im Bebauungsplan, die kommen werden, werde es diese Lücke nicht mehr geben. Für sie sei es in Ordnung, so über den Beschluss abzustimmen, die Verwaltung werde noch mehrmals mit dem Thema im Gremium sein. Sie können so mitgehen.

Stadtrat **Link** wünscht sich zur Aussage von BMin Schwarz ein Wortprotokoll.

BM **Manni** liest den geänderte Beschlussvorlage Nr. 310/21 (siehe oben) vor und lässt abstimmen.

Damit endet die gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse. Im Anschluss findet eine alleinige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften statt.

Die Entscheidung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften ist separat im Protokoll der SHL-Sitzung protokolliert.